

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stb Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erschkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigerr:
Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Kameraden! Sagt allen Unorganisierten, daß sie auf ihr Menschenrecht verzichten, wenn sie nicht Mitglieder unseres Zentralverbandes werden!

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 25. Mai 1918.

721 Zahlstellen haben die Karte Nr. 10 für den 25. Mai eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 62 115. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 25. Mai 41 749 oder 67,21 pSt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren bis zum 3. Juni 3380 Mitglieder. Arbeitslos waren am 25. Mai 42 Mitglieder, dagegen standen 19 911 Mitglieder in Arbeit und 413 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 20 368 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 0,20 pSt., krank 2,03 pSt. und in Arbeit standen 97,77 pSt. 49 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Fest- stellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen	14	1114	760	2	344	8	15	
Westpreußen	13	1483	971	1	502	9	—	
Brandenburg	67	5939	3372	4	2529	34	5	
Pommern	44	1539	1028	1	500	10	—	
Posen	16	449	304	1	144	—	—	
Schlesien	54	4608	3318	12	1251	27	—	
Sachsen	65	4695	2801	—	1860	34	10	
Schleswig-Holstein	50	2483	1760	4	702	17	3	
Hannover	50	2872	2040	1	815	16	—	
Westfalen	23	1264	978	—	280	6	3	
Heffen-Rhassau	17	2393	1745	—	639	9	—	
Rheinland	17	3161	1910	3	1233	15	—	
Preußen	430	32000	20987	29	10799	185	36	
Bayern	51	4151	2672	—	1447	32	10	
(Rheinpfalz)	4	365	204	—	159	2	—	
Sachsen	59	11614	8297	3	3232	82	—	
Württemberg	11	1480	1065	—	412	3	—	
Baden	6	804	566	—	232	6	—	
Heffen	7	687	426	—	257	4	—	
Mecklenburg-Schwerin	49	1547	931	—	602	14	—	
Sachsen-Weimar	11	800	600	—	194	6	—	
Mecklenburg-Strelitz	9	279	166	4	105	4	—	
Oldenburg	10	683	532	—	149	2	—	
Braunschweig	18	580	376	1	197	6	—	
Sachsen-Meiningen	8	385	315	—	68	2	—	
Altenburg	8	445	306	—	133	6	—	
Coburg-Gotha	7	604	465	—	135	4	—	
Anhalt	10	485	296	—	187	2	—	
Schwarzburg-Sondersh.	2	106	75	—	30	1	—	
Rudolstadt	6	194	159	—	35	—	—	
Waldeck	2	25	24	—	1	—	—	
Neuß a. L. (Greiz)	2	110	103	—	7	—	—	
j. L. (Gera)	3	237	176	—	59	2	—	
Schaumburg-Lippe	3	80	62	—	18	—	—	
Lippe-Deimold	2	46	43	—	3	—	—	
Lübeck	2	398	241	—	150	7	—	
Bremen	1	1215	790	—	410	15	—	
Hamburg	3	2670	1784	5	853	28	3	
Elfaß-Lothringen	1	125	88	—	37	—	—	
Deutsches Reich	721	62115	41749	42	19911	413	49	

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 673 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen am 25. Mai erfasst 88,03 pSt. der Zahlstellen und 99,11 pSt. der Mitglieder.

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 25. Mai nicht oder zu spät ein-

gesandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Ostpreußen: Bartenstein.
Brandenburg: *Bernau, Fürstenwalde, Gransee, Behnin, Lübben-Steinfürchen, Neuruppin.
Pommern: *Anklam, *Röslin.
Schlesien: Reichenbach.
Provinz Sachsen: Staßfurt.
Rheinland: *Solingen.
Rheinpfalz: Landau.
Württemberg: *Nürtingen, *Tutzingen.
Baden: Freiburg.
Mecklenburg-Schwerin: *Laage.
Hamburg: Bergedorf.
Elfaß-Lothringen: Straßburg.

Die Karte Nr. 9 für den 11. Mai ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 21 zusammengestellt war, noch aus 16 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 1158 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 780, arbeitslos —, krank 6, und 372 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Endergebnis für den 11. Mai stellt sich demnach wie folgt: 780 Zahlstellen haben die Karte Nr. 9 eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 62 587. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 11. Mai 42 084 zum Militär eingezogen; arbeitslos waren am 11. Mai 47; dagegen standen 20 005 Mitglieder in Arbeit, und 461 waren krank. 36 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 20 503 nachweisen.

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, 15. Juni. An diesem Tage ist die Karte Nr. 11 auszufüllen und sofort einzusenden.

Der Einzelne und das Ganze.

In leichtfähhlicher und einleuchtender Weise hat der Spitzenartikel in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ die alte und doch unerfchöpfliche Frage behandelt, warum jeder Arbeiter seiner gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse. Es sei gestattet, den praktischen Gründen, die der Artikel geltend machte, einige philosophische und volkswirtschaftliche hinzuzufügen.

Unser Wiener Parteigenosse Dr. Karl Renner sagt in seiner Schrift: „Krieg, Marxismus und Internationale“: „Der Kern der bürgerlichen Rechtsordnung ist ein Rechtstitel — das Eigentum; der Kern der proletarischen ist die Arbeit — ein langwieriger Prozeß, den kein Geniestreich ersetzt. Die Tugend der bürgerlichen Ordnung ist die Selbstherrlichkeit des einzelnen; die Tugend der sozialen Ordnung ist disziplinierte Einordnung, ist Organisation.“

Diese Gegenüberstellungen treffen den Kern. Sie legen zugleich die tiefste Ursache bloß, warum die Gewerkschaftsbewegung zwar in den Zielen gleich ist mit der politischen proletarischen Bewegung, deren Verkörperung die Sozialdemokratie ist, warum sie aber in ihrer Taktik mancherlei Verschiedenheiten aufweist gegenüber dem rein politischen Kampfe. Daß auch die Gewerkschaften ihre belebende Kraft und ihre hochrende Fähigkeit von der sozialistischen Idee erhalten haben, braucht nicht nochmals nachgewiesen zu werden. Es genügt die Erinnerung an die Tatsache, daß in allen früheren Zeiten, als der Sozialismus noch nicht durch Marx zu einem wissenschaftlichen System ausgebaut war, die zunft- und handwerksgemäßen Gesellenorganisationen nie und nirgends die allgemeine Bedeutung erlangen konnten, die auch von den Feinden der modernen

Gewerkschaften diesen unwillig zuerkannt werden muß. Das raubt den alten Gesellenverbänden nichts von ihrem großen Werte für ihre Zeit; es erklärt nur, warum das Fehlen einer großen alles und alle umfassenden Idee ihren Blick verengte und sie an Kleinliches Formelwesen leiteten, das zu beseitigen eine der ersten Aufgaben war, denen sich die Anfänge der modernen Gewerkschaftsgebilde unterzogen. Die alten Zünfte wurden durch äußere Formen und Formeln gebunden; die neuen Gewerkschaften werden durch das gemeinsame Ziel geeinigt. Und auch für heute gilt noch, daß der sozialistische Gedanke den Gewerkschaften Leben und Kraft einhaucht. Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, vor einem halben Jahrhundert die mitgliederreichsten Arbeiterorganisationen Deutschlands, die unter den günstigsten äußeren Verhältnissen wirken konnten, sind trotzdem zusehends zusammengeschnitten, weil sie als Vertreter des unsozialen und unsozialistischen liberalen Prinzips vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte den proletarischen Instinkten und Empfindungen nicht Genüge leisteten. Der weitere Verfall hörte erst auf, als die Gewerbevereine, wenn auch unausgesprochen, sich der sozialistischen Gedankenwelt näherten, als sie begannen, das richtige Verhältnis zwischen dem wertschaffenden Proletarier und dem profitgierenden Unternehmer zu erkennen. — Auch die englischen Trades Unions haben erst größeren und allgemeinen Einfluß gewonnen, nachdem sie die liberalen Böpfe abgeschnitten und sich mehr der sozialistischen Ideenwelt zugewandt haben.

Ein verwirrt-drängendes, alle Arbeitsgebiete umspannendes Gewerkschaftsleben ohne Sozialismus ist undenkbar. Entnimmt die Gewerkschaft auch die Anlässe zu ihren jeweiligen Aktionen den Notwendigkeiten der Stunde, so darf sie doch nicht den Blick verlieren für die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge und für das Schlußziel aller proletarischen Bestrebungen: für die Sozialisierung der Produktion. Die Arbeiterbewegung, auch die mittelalterliche, ist aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten erwachsen, die ihr zu jeder Zeit die Formen gegeben, den Stempel aufgedrückt haben. Der moderne Kapitalismus gebat die moderne Arbeiterbewegung. Zerstörte der neue Industrialismus die patriarchalische Fürsorge der Zünfte für ihre Gesellen, so drängte er zugleich die Arbeiter, daß sie vom Staate die soziale Gesetzgebung forderten mit allen ihren Nebenerscheinungen. Nichts ist törichter als die Behauptung, die anfangs staatsfrommen Gewerkschaften seien von der Sozialdemokratie umgarnt und schließlich eingefangen worden. Dessen bedurfte es gar nicht. Ganz aus sich selbst heraus ist der gewerkschaftliche Arbeiter durch die Notwendigkeiten, die sich aus der kapitalistischen Entwicklung ergaben, der sozialistischen Idee zugeführt worden. Der Sozialismus erblickt im Lohnarbeiter den Träger seiner Bestrebungen. Die andern Berufsstände, Wissenschaftler, Künstler, Beamte, Kaufleute, Industrielle, sind als Mitarbeiter willkommen; jedoch getragen wird die sozialistische Bewegung von der Masse der Arbeiterklasse, die sich zu ihr bekennt und ihren unüberwindlichen Rückhalt bildet.

Durch die gewerkschaftlichen Organisationen ist das Verhältnis des einzelnen Arbeiters zum Einzelunternehmer, zum gesamten Unternehmertum, zur Gesellschaft und zum Staate völlig verändert worden. Auch zu seinem Arbeitsergebnis nimmt der Gewerkschafter eine wesentlich andere Stellung ein, als es in der früheren Zeit der Fall war. Ist die Arbeitsordnung in den Großbetrieben heute auch peinlicher als in der Zunftzeit, so erfreut sich doch der Arbeiter außerhalb seiner Arbeitsstätte jetzt ungleich höherer Selbstständigkeit. Das Arbeitsverhältnis ist nur noch ein Teil seines Ichs, nicht mehr sein ganzes Ich. Noch befriedigt weder die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses im einzelnen, noch das Maß an persönlicher Freiheit, die

ganzen Berufsgruppen, wie dem Gesinde, den Diensthoten, Staatsarbeitern und Unterbeamten, zum guten Teile überhaupt noch vorenthalten wird; aber die Richtung, in der die Entwicklung sich vollzieht, darf mit Genugtuung und Hoffnung erfüllt sein. Und im Grunde sind es immer wieder die Gewerkschaften, also die zur Gesamtarbeit zusammengeschweißten Einzelkräfte der Arbeiter gewesen, die den Aufstieg ermöglicht und durchgesetzt haben. Selbstverständliche Voraussetzung für den nachdrücklichen Einfluß der Gewerkschaften ist natürlich ihre volle Geschlossenheit nach innen und außen. Es fällt darum unter den Begriff der Kriegssphäre, wenig jezt an der Einigkeit der Gewerkschaften gerüttelt und der Versuch gemacht wird, den Bruderkrieg in die Gewerkschaften zu tragen. Ein in Bremen erscheinendes Blatt, das sich zum Ueberdruß auch noch „Arbeiterpolitik“ nennt, unternimmt diesen Versuch. In der fabelhaften Selbsttäuschung befangen, die fortgeschrittenste Richtung der proletarischen Bewegung zu vertreten, fordert das Blatt die Gewerkschaften auf, ihre bisherigen Organisationen zu zerstören und überall Ortsvereine der „Einheitsorganisation“ zu gründen. Mit überlegenem feindlichen Handbewegung schreibt es: „Denn was kann heute die sogenannte „Partei“ oder die Gewerkschaft sein? Was tun beide für ihre Mitglieder? Nichts!“

Es ist kinderleicht, die Gebärde des Radikalismus anzunehmen. Wer nicht schwer mit Verantwortungsgefühl bepackt ist und wer sich allein für berufen, geschickt und konsequent hält, wird ohne Bedenken die Brandfackel schleudern. Sich selbst fügt er keinen Schaden zu, und er wird immer einzelne finden, denen er damit imponiert. Fr. Engels hat vom Wege der Notwendigkeiten gesprochen, der zur Freiheit führt. Ob die Einheitsorganisation, die schon vor und seit Jahrzehnten erörtert worden ist, gegenüber den jetzigen Gewerkschaften die größere Freiheit der Arbeiter bedeuten würde, müßte erst noch bewiesen werden. Jedenfalls muß die Gewerkschaft jezt noch den Weg der Notwendigkeiten gehen. Jezt und in nächster Zukunft sogar mehr als je. In unsern Tagen an der Geschlossenheit der Gewerkschaften rütteln, kann nur ein bewußter Feind der Arbeiterklasse oder ein Mensch, der in krankhafter Ueberschätzung seines persönlichen Urteils meint, die Zeitverhältnisse ließen sich umbiasen wie ein Kartenhaus. So liegen die Dinge leider nicht. Wird die Einheitsorganisation, also die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen zu einem einheitlichen Organismus, zweckmäßig und notwendig werden, was noch sehr in Frage steht, dann wird sie kommen; nicht früher, nicht später. Künstlich sie herbeizwingen zu wollen, kann nur — eheilige Absicht vorausgesetzt — ein politischer Quacksalber versuchen.

Bebel hat wiederholt für unvermeidlich erklärt, daß in einer Partei, namentlich in der sozialdemokratischen, sich Gegensätze herausbilden. Ueber taktische Fragen, in welcher Weise und mit welchen Mitteln man zu kämpfen habe, wie weit man dem Gegner entgegenkommen könne oder solle, welche Wirkung auf den Gegner die eine oder andere Kampfmethode ausüben werde und welchen Erfolg die eine oder andere zeitige, würden die Meinungen oft auseinandergehen. Wer aber daraus das Recht zu einer Spaltung herleiten wollte, würde stets von der ungeheuren Mehrheit der Arbeiter zurückgewiesen werden, die an der Einheit nicht rütteln lasse.

Der Einzelne ist Glied des Ganzen; er gehört nicht sich allein oder einem kleineren Kreise.

Die Gewerkschaften und das Aktionsprogramm.

In Ausführung eines Beschlusses, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands voriges Jahr in Würzburg gefaßt hatte, ist nunmehr ein Aktionsprogramm der Partei veröffentlicht worden. Der Entwurf ist das Ergebnis der Beratungen eines Ausschusses, der aus sieben Personen bestanden hat. Einleitend wird bemerkt, daß die durch den Krieg geschwächte Gesundheit und Arbeitskraft des Volkstörpers durch eine weitestgehende Sozialpolitik wieder gestärkt werden müsse und politische Reformen durchzuführen seien, die dem Volke maßgebenden Einfluß auf die Regierung sichern und den Übergang vom alten Obrigkeitsstaat zu einem demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat vorbereiten. Nicht zur Aufhebung des alten Erfurter Aktionsprogramms, sondern zu seiner Ergänzung werden dann in neun Abschnitten folgende Forderungen erhoben:

Politische Forderungen. Zur Erlangung des entscheidenden Einflusses des Volkes auf alle gesetzgebenden Vertretungen ist die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf alle Personen vom zwanzigsten Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit erforderlich. Bei Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister steht den Volksvertretungen die Entscheidung zu. Ueber Krieg und Frieden sowie über Abschließung von Bündnisverträgen entscheidet gleichfalls der Reichstag. Das stehende Heer ist unter Verkürzung der Dienstzeit in ein Volksheer umzuwandeln. Die Geheimdiplomatie ist zu beseitigen. Internationale Rechtsorganisationen, die über allgemeine Abrüstung, Schiedsgerichte usw.,

zu beschließen haben, sind zu schaffen. Alle Ausnahme-gesetze sind zu beseitigen; ein völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht ist zu gewähren; den Gemeinden, Kreisen, Provinzen ist volle Selbstverwaltung zuzuerkennen; im Erziehungswesen sind alle Vorrechte auf bessere Schulbildung zu beseitigen.

Übergang zur Friedenswirtschaft. Soweit es nach Friedensschluß nötig ist, soll die Rationierung der Lebensmittel zur Sicherung der minderbemittelten Volkskreise vorläufig beibehalten werden. Zur künftigen Vermehrung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sowie zur Ausfuhr überschüssiger Produkte ist der gesamte deutsche Reedereibetrieb unter staatliche Aufsicht zu stellen, der ein Mitbestimmungsrecht über den Frachtdienst, die Frachtrouten und den Laderaum zuweist.

Sicherung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege. Zur Verhinderung einer plötzlichen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, der Lohnrückerei und der Arbeitslosigkeit ist die Arbeitsvermittlung planmäßig zu organisieren. Kann ein Gewerbebezirk aus Mangel an Rohstoffen oder sonstigen Gründen nicht sofort wieder im vollen Umfange betrieben werden, so dürfen die Beteiligten trotzdem nicht länger bei der Fahne gehalten werden, sondern den Entlassenen sind mindestens einen Monat lang die ihnen und ihren Familien gewährten Unterstützungen weiterzuzahlen. Ist ihnen auch dann noch keine angemessene Arbeit nachzuweisen, so muß ihnen eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln gewährt werden.

Teilnahme der Arbeiter an der Uebergangsorganisation. Im Reichswirtschaftsamt, in den Arbeitsämtern und den Vermittlungsstellen sollen die Arbeiter vertreten sein, da die Uebergangswirtschaft keine bloße Angelegenheit der Unternehmer und der staatlichen Verwaltung ist. In den Arbeitskammern ist den Arbeitern eine gleiche Vertretung ihrer Interessen einzuräumen, wie sie Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in ihren Spezialkammern besitzen.

Gegen monopolistische Wirtschaftsgestaltung. Soweit die wirtschaftliche Entwicklung bereits Privatmonopole geschaffen hat, sind dieselben zu verstaatlichen, unter parlamentarische Kontrolle zu stellen und ist den Arbeitern angemessener Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Zur Beaufsichtigung kartellartiger Organisationen ist beim Reichswirtschaftsamt ein Kartellamt einzurichten mit der Befugnis, Einsicht in die Geschäftsbücher der Kartellverbände zu nehmen und schädlichen Preistreibern entgegenzutreten. Wie den Unternehmern, so ist auch den Arbeitern eine Vertretung im Kartellamt zu sichern. Die Aufsicht des Reiches über das Bankwesen ist zu stärken und der Einfluß der Reichsbank auf das private Bankgewerbe zu erhöhen.

Handelspolitische Forderungen. Beim Friedensschluß sind Vereinbarungen zu treffen, die eine Fortsetzung des jetzigen Wirtschaftskrieges verhindern, die schnelle Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zum Auslande ermöglichen und den deutschen Absatzmarkt sichern. Die Absperrung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelzölle ist zu beseitigen.

Finanz- und Steuerreform. Zur Tragung der schweren finanziellen Lasten sind in erster Linie die Preise heranzuziehen, die durch den Krieg Vorteile erlangt haben. Ein beträchtlicher Teil der Kriegslasten ist durch schärfste Erfassung der im Kriege entstandenen Vermögensvermehrungen abzutragen. Ein nach der Leistungsfähigkeit abzustufender allgemeiner Beitrag zur Schuldentilgung ist zu erheben, eine progressive Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuern vorzunehmen, die Erbschaftsteuer auszubauen und das Erbrecht des Reiches für die Fälle einzuführen, in denen nahe erberechtigte Verwandte nicht vorhanden sind. Alle Verbrauchsabgaben auf notwendige Nahrungsmittel sind abzuschaffen. Das Versicherungswesen ist in öffentliche Verwaltung zu nehmen.

Sozialpolitische Forderungen. Außer den alten Forderungen auf Vereinheitlichung der Sozialgesetze, achtstündigen Normalarbeitstag, Verbot der Nachtarbeit, durchgreifenden Schutz der Frauen und jugendlichen Arbeiter, Regelung des Wohnungswesens durch das Reich, Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes, Schaffung eines besonderen Reichsamtes für Sozialpolitik, werden fürsorgliche Maßnahmen verlangt für die Kriegsteilnehmer, die Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen der Gefallenen und solche, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch den Krieg zerrüttet worden sind. Den nur teilweise erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten ist dauernde Beschäftigung auf gesetzlichem Wege zu sichern und die Ausnutzung ihrer Notlage im Arbeitsprozeß zu verhindern. Die gesamte Kriegsbeschädigtenfürsorge ist demnach reichsgesetzlich unter Schaffung eines Rechtsweges zu regeln.

Kommunalpolitische Forderungen. Schließen das Aktionsprogramm ab. Den Gemeinden soll der Handel mit Bauland und in allen unentbehrlichen Nahrungsmitteln vorbehalten bleiben. Die Armen- und Waisenpflege ist auszubauen; für die Kriegsteilnehmer sind besondere Unterstützungseinrichtungen zu schaffen, die mit

der Armenverwaltung nichts zu tun haben dürfen. Zur Förderung der Gesundheit ist die Bevölkerung mit gesunden und preiswerten Nahrungsmitteln zu versorgen; gesundheitlich gefährdete oder erkrankte Kinder sind ärztlich zu behandeln; für Schwangere und Stillende sind Beihilfen zu gewähren. Der Schulunterricht muß unter Lieferung der Lernmittel unentgeltlich sein; den Begabten ist der leichte Aufstieg zu ermöglichen.

Die rechtsstehende Presse, wie „Tägliche Rundschau“, „Deutscher Kurier“, „Berliner Neueste Nachrichten“ und „Deutsche Tageszeitung“, ist mit diesem Programm durchaus unzufrieden. Es sei, sagen sie, rein sozialistisch, was selbstverständlich ist, auch zeige es den „parteilichsten Egoismus in nacktester Gestalt“. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ schilt, das Programm zeige den alteingewurzelten Haß nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen den Mittelstand und gegen alles, was sich nicht willenlos und unter Verzicht auf jede persönliche Eigenart einordnen lasse in das große Herdendasein und die allgemeine Verhaustierung, die das Ideal sozialistischer Engstirnigkeit vorstelle.

Die Arbeiter würden keinen schlechten Tausch machen, wenn sie ein Leben führen könnten wie die Haustiere der Satten, wenn sie also „verhaustert“ würden. Im übrigen bildet diese Kritik ein unfreiwilliges Lob. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie eben ein sozialdemokratisches Programm aufstellt, nicht aber ein liberales oder konservatives. Wenn andere sagen, das Vaterland stehe ihnen über der Partei, so geben sie, wie der „Vorwärts“ richtig bemerkt, zu, daß ihre Partei Dinge erstrebe, die der Gesamtheit nicht dienlich sind. Das ist bei der Sozialdemokratie nicht der Fall. Je vollständiger ihr Programm ausgeführt wird, desto besser würde die Gesamtheit fahren, wenn auch auf Kosten derer, die auf ihre bisher genossenen Vorrechte verzichten müssen, die den breiten Volksmassen Licht und Luft versperren haben.

Den Gewerkschaften fällt bei Durchführung vieler Punkte des Aktionsprogramms eine wichtige Rolle, mehrfach sogar der Hauptanteil zu. Sie werden sich auch dieser Aufgabe gewachsen zeigen und sich dadurch noch fester anknüpfen, ihre Bedeutung steigern, ihre Mitglieder inniger an sich fesseln und bahnbrechend mitwirken bei der freitheitlichen Gestaltung der Zukunft.

Urlaub nach Verwundung oder Krankheit.

Vor einiger Zeit ist von einem Vertreter des Kriegsministeriums im Reichstag erklärt worden, daß Mannschaften, die verwundet oder krank in einem Heimatslazarett gewesen sind, vor ihrer Wiederentsendung ins Feld Heimatsurlaub erhalten sollen. Durch eine Verfügung vom 15. April 1918 ist darin eine Änderung eingetreten, indem nur noch schwerverwundet oder schwerkrank Gewesene Urlaub erhalten sollen, und zwar, solange die derzeitigen Verhältnisse an der Front fortbestehen. Leichtverwundete und Leichtkranke sind sogleich nach Entlassung aus dem Lazarett für die Ersatzwecke des Feldheeres verfügbar zu machen, also nicht zu verurlauben.

Urlaub für zurückgekehrte Kriegsgefangene.

Die aus Rußland zurückkehrenden Kriegsgefangenen haben zunächst eine etwa dreiwöchige Quarantäne durchzumachen, worauf sie ihrem Ersatztruppendeil überwiesen werden. Vom Ersatztruppendeil aus erhalten sie dann einen Urlaub von acht Wochen.

Bivlarbeiter im Kampfgebiet.

Die Bivlarbeiter sind während ihrer Anwesenheit auf dem Kriegsschauplatz und auch in den besetzten Gebieten den Militärgeetzen unterworfen. Sie können sowohl nach den Disziplinarstrafgesetzen, als auch in schweren Fällen nach dem Militärstrafgesetzbuch bestraft werden. Beim Eintritt in die Arbeit muß der Arbeiter seine sämtlichen Ausweispapiere abgeben; dafür erhält er einen Arbeitschein mit abgestempelter Photographie und ein Abzeichen, das er auf seinem Rock tragen muß, den er nur an der Arbeitsstelle oder in der Unterkunft ablegen darf. Ueber die Grenzen der Ortsunterkünfte hinaus, dürfen sich die Arbeiter ohne Erlaubnis nicht entfernen; diese Erlaubnis wird nur in besonderen Ausnahmefällen erteilt. Der Stellungsoffizier hat das Recht, gegen Arbeiter bei Tälichkeiten gegen ihre Mitarbeiter oder bei Verstößen gegen die guten Sitten, Geldstrafen bis zu der Höhe eines Tageslohnes festzusetzen. Diese Strafgebühren fließen in eine Kasse, die zu Gunsten der Arbeiter verwendet werden soll. Wie die Arbeiter der militärischen Strafdisziplin unterstehen, können sie auch in Arrest gesteckt werden und haben während dieser Zeit keinen Anspruch auf Lohn. Das Beschwerderecht steht den Arbeitern zu. Die höchste Instanz in diesem Falle ist die militärische Gruppenleitung. In der Regel müssen sich die Arbeiter auf drei Monate verpflichten, dann erst steht ihnen das Recht der vierzehntägigen Kündigung zu. Die Arbeiter werden in der Regel von Unternehmern eingestellt, die ihnen Lohn, Unterkunft und Verpflegung geben müssen; die erforderlichen Lebensmittel liefert die Militärverwaltung aus ihren Beständen; die Zubereitung und Verteilung ist Sache der Unternehmer. Neuerdings ist verfügt worden, daß für die Angestellten der Unternehmer keine besondere Küche geführt werden darf. Die Arbeitszeit dauert Wochentags zehn, Sonntags sechs Stunden; in letzterem Falle werden aber zehn Stunden bezahlt. Sonst wird nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Wer aus einem von ihm verschuldeten Umstand nicht zur Arbeit erscheint, erhält keinen Lohn und hat für die Verpflegung M 2,20 zu bezahlen. Arbeitsniederlegung ohne Kündigung und vorzeitige Abreise sind verboten und werden

bestraft. Arbeiter, die sich eigenmächtig entfernen, werden durch Feldgendarmen angehalten und zurücktransportiert. Die abgehenden Briefe der Arbeiter unterliegen der Zensur; sie müssen offen eingeliefert werden und werden dann durch die Feldpost frei befördert. Auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind die Arbeiter zur strengsten Verschwiegenheit über alle ihnen bekannt gewordenen militärischen Angelegenheiten verpflichtet, wozu auch die Arbeiten zu rechnen sind, die sie ausgeführt haben. Alle zwei Monate kann ihnen ein kurzer Urlaub gewährt werden; in diesem Falle müssen sie eine Kaution von M 40 stellen, die verfällt, wenn sie nicht an ihre Arbeitsstelle zurückkehren.

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Beilegung der Differenzen in Kulmbach. Die Differenzen bei der Firma Bader, über die wir in Nr. 19 des „Zimmerer“ berichteten, haben durch nachstehende Vereinbarungen ihre Erledigung gefunden:

In der Sitzung des Schlichtungsausschusses für den vaterländischen Hilfsdienst, Bezirk Bayreuth — abgehalten am 18. Mai 1918 im Rathsaussaale zu Kulmbach, an welcher teilgenommen haben: 1. Oberleutnant und Bezirksadjutant Simon als Vorsitzender, 2. Witzfeldweibel L. II. Gildenbrand als Protokollführer, 3. die Schlichtungsausschussmitglieder Zimmer, Göttschel, Pöhner, Schneider, Winterstein, Pöhlmann, 4. die Arbeitnehmervertreter Viehmann und Lütke, 5. der Bader'sche Arbeiterschuß, 6. die sämtlichen beteiligten Arbeitgeber — kam folgende Vereinbarung zustande:

1. Der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer wird festgesetzt auf 80 % ab heute bis 1. Juni 1918 und von da ab 85 %.
2. Die Junggefelln im ersten und zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten nach freier Vereinbarung.
3. Ausgesprochene Bauhilfsarbeiter über 18 Jahre erhalten einen Stundenlohn von 70 % bis 1. Juni 1918 und von da ab 75 %.
4. Sonstige Hilfsarbeiter über 18 Jahre haben einen Stundenlohn von 60 % bis 1. Juni 1918 und von da ab einen solchen im Betrage von 65 % zu beanspruchen.
5. Hilfsarbeiter von 16 bis 18 Jahren bekommen einen Stundenlohn von 50 % bis 1. Juni 1918 und von da ab 55 %.
6. Die Lohnfestsetzung in Ansehung der Hilfsarbeiter unter 16 Jahren unterliegt der freien Vereinbarung.
7. Die Lohnvereinbarung soll vor dem ersten Vierteljahre nach Friedensschluß nicht gekündigt werden können.
8. Als Grundlohn kommt jeweils derjenige Betrag in Frage, der sich nach Abzug von 25 % (Kriegszulage) ergibt.
9. Ueber eventuelle weitere Kriegszulagen soll nach dem 1. März 1919 verhandelt werden, falls der Deutsche Arbeitgeberbund solche bewilligt.
10. Durch die vorstehende Vereinbarung sollen die früheren Bestimmungen bezüglich der Entlohnung bei auswärtigen Arbeiten nicht berührt werden.

Kulmbach, den 18. Mai 1918.

gez.: Chr. Trübnerbach, Gg. Köstling, Wilh. Pittroff, Joh. Göb, R. Bader, Hartig, B. Fischer, Gg. Viehmann, Gg. Lütke.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses: gez. Simon, Oberleutnant und Bezirksadjutant.

gez.: Gildenbrand, Witzfeldweibel L. II. als Protokollführer. Für die Abschrift: Simon, Oberleutnant und Bezirksadjutant.

Berlin und Umgegend. Der zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin und dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend, im Jahre 1918 abgeschlossene Tarifvertrag hatte am 31. März dieses Jahres sein Ende erreicht. In Anbetracht der andauernden enormen Preissteigerung für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens hat der Zimmererverband zur Neuverhandlung des Tarifvertrages den Beschluß gefaßt, den Stundenlohn der Zimmerer allgemein auf M 2 zu erhöhen. Ferner vertritt der Verband die Ansicht, daß es zweckmäßig und notwendig ist, in gewissen Zeitabständen, etwa von drei Monaten zu drei Monaten, die Löhne zu revidieren und dieselben den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Alle übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages über Arbeitszeit, Zuschlag für Überstunden, Art der Lohnzahlung, Jahrgeldentlohnung usw. wünscht der Verband bis auf weiteres unverändert in Geltung zu belassen. Ueber diese Anträge wurde in zwei Sitzungen mit den Arbeitgebern verhandelt. Eingangs derselben wurde zunächst eine Verständigung dahingehend erzielt, daß der Tarifvertrag so lange in Gültigkeit bleibt, bis die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben oder als gescheitert zu betrachten sind. Bei der dann folgenden Verhandlung über die Lohnfrage gingen die Meinungen der Parteien jedoch sehr weit auseinander. Die Arbeitnehmer verweisen auf die allgemeine Teuerung und die damit in Verbindung stehende kolossale Entwertung des Geldes; des weiteren haben sie hervor, daß die Berufsgruppe der Zimmerer unter den Einwirkungen des Krieges besonders zu leiden hätte und daß der Stundenlohn von M 2 von einem Teil der Baugeschäftsinhaber bereits gezahlt werde. Die Arbeitgeber vertraten den Standpunkt, daß sie aus verschiedenen Rücksichten den geforderten Lohnsatz nicht bewilligen und den Berliner Zimmerern aus freien Stücken nur die Gewährung der bereits durch Schiedsspruch geregelten Lohnsätze einer anderen Berufschaft (gemeint sind die Lohnsätze der Maurer, die vom 15. Juni ab von M 1,65 auf M 1,70 und vom 2. November 1918 ab auf M 1,75 pro Stunde steigen sollen) in Aussicht stellen könnten. Den Antrag, von drei Monaten zu drei Monaten eine tarifliche Revision der Löhne vorzunehmen, erklärten die Arbeitgeber für unannehmbar mit der Begründung, daß die Einführung einer derartigen Bestimmung eine fortgesetzte Beunruhigung des Gewerbes und eine weitere Steigerung der Löhne herbeiführen würde. Bei dieser Sachlage gelangten die Verhandlungen naturgemäß auf einen toten Punkt an und konnten nicht zum Abschluß gebracht werden. Beide Parteien haben sich deshalb veranlaßt gesehen, das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts als zweite Instanz anzurufen; letzteres soll am 7. Juni zu der Angelegenheit Stellung nehmen und eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Die Teuerungszulage in Glogau wird von allen baugewerblichen Arbeitgebern gezahlt, nur von einem, dem Herrn Architekten, Maurer- und Zimmermeister P. Michael, nicht. Von der Gauleitung auf seine Zahlungspflicht aufmerksam gemacht, antwortete er mit nachstehendem Schreiben:

Auf das Schreiben vom 12. dieses Monats teile ich hierdurch mit, daß die vereinbarte Teuerungszulage von 5 % doch selbstverständlich nur an solche Bauarbeiter gezahlt werden kann, die in ihrem Beruf als Zimmerer beziehungsweise als Facharbeiter tätig sind. Da gegenwärtig in meinem Sägewerk aber nur Holzlieferungen auszuführen sind, wobei durchweg nur maschinenmäßige Arbeit in Frage kommt, wird die Teuerungszulage von der zuständigen Behörde nicht zurückerstattet, und wurde die bereits gestellte Eingabe über Erhöhung des Vertragspreises, der zu Anfang des vergangenen Jahres abgeschlossen wurde, abgelehnt.

Aus diesem Grunde bin ich vorläufig außerstande, bei den in Lohnsicht auszuführenden Arbeiten die Teuerungszulage anzuerkennen.

Hochachtungsvoll

Pgr. P. Michael. J. B.: Hoffmann.

In diesem Schreiben handelt es sich um eine Ausrede, die oft angewandt wird, um sich um die Erfüllung tarifvertraglicher Pflichten herumzudrücken. Hätte Herr Michael eine Schneidereiwerkstatt oder eine Barbierstube und würde darin Zimmerer als Schneider oder Barbier beschäftigen, dann würden diese „selbsttätig“ nicht „in ihrem Beruf“ als Zimmerer beziehungsweise als Facharbeiter tätig sein. So liegen die Dinge hier aber nicht, sondern es sind Zimmerleute in einem Maurer- und Zimmererbetrieb in einem dazugehörigen Sägewerk, wie es in Deutschland so häufig der Fall ist, beschäftigt, und zwar als Zimmerer beziehungsweise als Facharbeiter, und sie fallen daher unter den Tarifvertrag. Dieser gilt auch in Glogau „für alle Arbeitsstätten“, auch wenn dort „durchweg nur maschinenmäßige Arbeit in Frage kommt“.

Ob dort die Teuerungszulage von der zuständigen Behörde zurückerstattet wird oder nicht, kommt bei der Erfüllung des Tarifvertrages nicht in Frage. Das ist eine Angelegenheit, die nicht mit den Arbeiterorganisationen, sondern nur zwischen dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe und der Reichsregierung geregelt worden ist. Die Teuerungszulage ist doch nicht etwa eine Gratifikation, sondern sie ist tarifvertraglich festgelegt, um es zu ermöglichen, daß die unter den Tarifvertrag fallenden und darin benannten Arbeiterkategorien bei ihrer schweren Arbeit ihr und ihrer Familien Leben aufrecht erhalten können.

Berichte aus den Zahlstellen.

Göppingen. Am 17. Mai fand unsere Mitglieder-versammlung statt, die sehr stark besucht war. Zuerst gab der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal bekannt. Die Einnahmen für die Zentralkasse betrugen, einschließlich der am Orte verbliebenen Hauptkassengelder, M 417,20. An die Zentralkasse wurden M 184,45 gesandt. An Familienunterstützung wurden M 232 ausgezahlt, an Reiseunterstützung M 1,25. Die Lokaleinnahmen betrugen M 63,80, die Ausgaben M 48,24. Der Vermögensbestand der Zahlstelle beträgt nunmehr M 515,69. Die Zahlstelle hat jetzt wieder einen Mitgliederbestand von 54. Nach einigen anerkennenden Worten des Gauleiters über die Tätigkeit des Kassierers wurde dieser von der Versammlung einstimmig entlastet. Hierauf sprach unser Gauleiter, Kamerad Leuger, über das Thema „Sozialpolitische Forderungen der deutschen Arbeiterschaft“. Sein Vortrag erntete reichen Beifall. — Die dritte Kriegszulage wurde von sämtlichen Mitgliedern gezahlt. Nur die Firma Weber, die die Zimmerarbeiten für ihre Neubauten selbst herstellt, weigerte sich, unsern dort beschäftigten Kameraden die Zulage zu zahlen. Durch energisches Eingreifen unseres Gauleiters wurde die Firma gezwungen, die Zulage vom 1. April an nachzuzahlen. Der Punkt: „Erhöhung der Lokalfondsbeiträge“ wurde nach lebhafter Debatte zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Auch der Punkt „Verschiedenes“ löste eine lebhafteste Diskussion aus. Es werden in der nächsten Zeit Fragebogen ausgegeben, die jeder Kamerad genau ausfüllen muß, weil sie die Grundlage für Verhandlungen betreffs Lohnerhöhung sein sollen. Nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden, es möge jeder Kamerad dafür sorgen, daß in unserer Zahlstelle kein unorganisierter Zimmerer mehr arbeite, schloß er die sachlich und ruhig verlaufene Versammlung.

Quisburg. Am 26. Mai fand unsere allgemeine Mitgliederversammlung statt, die trotz des eingetretenen Regens weiters befriedigend besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Bericht und Abrechnung vom zweiten Quartal; Ergänzungswahl des Vorstandes; „Zum Wiederaufbau unseres Zentralverbandes nach dem Kriege“, Referat Kamerad Janßen. Der bisherige Kassierer, Kamerad Mathisen, erstattete den Kassenbericht nebst Abrechnung. Die Gesamteinnahme und -ausgabe für die Hauptkasse bilanziert mit M 791,55. Die Lokalkasse weist nebst einem früheren Bestand von M 4232,77 eine Einnahme von M 738,06 auf. Die Ausgabe belief sich auf M 547,45, so daß der gegenwärtige Kassenbestand M 4423,38 beträgt. Wenn auch nur langsam, so aber doch immer stetiger entwickelt sich in letzter Zeit unsere Zahlstelle von den Rückschlüssen des Krieges wieder vorwärts. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde an Stelle unseres langjährigen Vorsitzenden, Kameraden Gustav Groß, der Kamerad Ludwig Robert und an Stelle des ebenfalls von uns scheidenden Kassierers, Thomas Mathisen, der Kamerad Ernst Schneider gewählt. Als Schriftführer wurde Kamerad Friedrich, als zweiter Vorsitzender Kamerad Karl Tietz gewählt. Als zweiter Kassierer fungiert wie bisher Kamerad Schwab, Mülheim. Als Revisoren wurden die Kameraden Wilh. Schütz und Friedrich bestimmt. Als Kartelldelegierte wurden Ernst Schneider und Joh. Lautenbacher gewählt. Somit ist der Vorstand der Zahlstelle wieder vollständig. Dann wurde die zukünftige Agitation für unsern Zentralverband eingehend dargelegt, ihre Notwendigkeit besonders in der jetzigen Kriegszeit allseitig als dringend erforderlich anerkannt.

Kamerad Janßen skizzierte in leicht verständlicher Weise die Aufgaben des Zentralverbandes nach dem Kriege. Die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft muß auch uns gerüstet finden mit großen und festgefühten Massen. Aus diesen Gründen sei es notwendig, auch den letzten Zimmerer im Zahlstellengebiet unserer Berufsorganisation zuzuführen. Die Ausführungen fanden allseitige Zustimmung, und es wurde beschlossen, in aller kürzester Zeit eine kombinierte Vorstandssitzung abzuhalten, um sich bezüglich der einzuschlagenden Wege für die Agitation zu einigen und vorzubereiten. Hierauf wurde dem bereits in seine Heimat abgereisten bisherigen langjährigen Vorsitzenden Gustav Groß sowie dem noch in der Versammlung anwesenden bisherigen ersten Kassierer Thomas Mathisen durch Kamerad Janßen im Namen der Gauleitung sowie des Hauptvorstandes der herzlichste Dank für ihre erfolgreiche Tätigkeit für die Organisation ausgesprochen. Fast ein ganzes Menschenalter stand Kamerad Groß an führender Stelle und leitete in unstätiger Weise in dieser langen Zeit die örtliche Organisation. Ein großer Teil der Erfolge der Zahlstelle ist seiner rührigen Tätigkeit zu danken. Aber auch Kamerad Mathisen war ein Stützpfeiler unserer Quisburger Zahlstelle, der stets, wenn es die Zeit und die Umstände erforderten, bereitwillig selbst die verantwortungsvollsten Posten zur größten Zufriedenheit ausfüllte im Interesse der Organisation. Namens der Zahlstelle sprach Kamerad Schneider den scheidenden Kameraden den Dank der Zahlstelle aus. In der Gewissheit, daß beide auch ferner, Kamerad Mathisen in seiner dänischen Heimat, der Organisation die Treue bewahren, verband er den herzlichsten Wunsch glücklicher Reise. Kamerad Mathisen dankte für die ehrenden Worte mit dem Hinzufügen, daß er die Organisationspflicht als höchste und heiligste aller Arbeiter betrachte. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Sattingen. In diesem Jahre fanden bereits drei regelmäßige Zimmererversammlungen statt, die gut besucht waren, da endlich sich die Kameraden besonnen haben, dem Verband beizutreten. Vom Ausbruch des Krieges bis jetzt waren nur wenige Kameraden am Orte geblieben. Bei Eröffnung der letzten Versammlung gedachte unser Vorstand der Kameraden, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind. Die Kameraden erhoben sich von ihren Plätzen. Dann wurde den Kameraden dringend ans Herz gelegt, sich mehr an die Organisation zu halten als bisher, dann könnten wir etwas erzielen. Ferner wurde einstimmig beschlossen: Wer ohne genügende Entschuldigung die Versammlung versäumt, soll mit M 1 bestraft werden. Denn etwas strenge müssen wir vorgehen, sonst beteiligt sich überhaupt keiner mehr an der Sache. Es wurde auch bekanntgegeben, daß unsere Versammlungen wieder regelmäßig jeden letzten Samstag im Monat stattfinden sollen, welches eine Woche vorher durch Aufdruck eines Stempels auf den „Zimmerer“ bekanntgegeben wird. In der Zahlstelle befinden sich augenblicklich 16 Verbandskameraden.

Löben. Am 20. Mai hatten sich die hiesigen Mitglieder zu einer Besprechung zusammengefunden, um Stellung zur Gründung einer Zahlstelle zu nehmen. In dieser Besprechung nahm auch der Gauleiter, Kamerad Finsel, teil. Auch Kamerad Nicolai mit seiner Frau aus Rastenburg hatte uns mit seinem Besuch beehrt. Kamerad Finsel gab eine Uebersicht über die Entwicklung unserer Berufsorganisation vor und während des Krieges, insbesondere schilderte er die getroffenen Maßnahmen seitens unserer Organisation im Wiederaufbaubereich, die auch zu der Freistellung des Kameraden Nicolai geführt hätten. Bedauerlich sei, daß der Wiederaufbau unserer Organisation im Zerstörungsgebiet nicht zur vollständigen Ausführung gebracht werden konnte. Es darf eben nicht aus dem Auge gelassen werden, daß die Verhältnisse stärker sind als wir. Der großzügig gedachte Wiederaufbau im Zerstörungsgebiet hat eine zu große Einschränkung erfahren. Das hatte zur Folge, daß ein großer Teil von Arbeitskräften wieder abwanderte, und wo Arbeit vorhanden war, mangelte es an Arbeitskräften infolge der treibenden Unterkunftsräume, ebenso wegen Mangels an Lebensmitteln. Alle diese Umstände haben lähmend auf den Wiederaufbau der Organisation gewirkt. Noch ein besonderer Faktor sei die Beschlagnahme des Baumaterials gewesen; besonders das Bauverbot habe alle Hoffnungen zerschanden gemacht. Alle diese Ereignisse seien die Folge des zu lange dauernden Krieges. Wir waren gezwungen, weitere Maßnahmen zu treffen, indem unser Kamerad Nicolai vom 1. Mai dieses Jahres ab seine Tätigkeit einstellte. Daher sind unsere Löbener Kameraden in eine andere Situation versetzt, wozu sie heute Stellung nehmen müssen. Ein längeres Verbleiben in der Zahlstelle Rastenburg sei unter der neugeschaffenen Situation ausgeschlossen. Kamerad Finsel vertrat die Ansicht, da bis zum Ausbruch des Krieges eine Zahlstelle bestanden habe, müsse diese auch jetzt wieder errichtet werden. In der Aussprache erklärten sich die Kameraden Thomas, Glomma, Konziallo usw., ebenso der Kamerad Nicolai in längeren Ausführungen für den Vorschlag des Gauleiters. Als erster Vorsitzender wurde der Kamerad Jul. Kondziallo, als erster Kassierer Kamerad Gustav Thomas, Löben (Ostpr.), Neuendorferstraße 39, gewählt. Zum Schriftführer und Revisor wurde Kamerad Otto Glomma, Willkaffen, gewählt. Ergänzungswahlen werden später erledigt. Da nun die Zahlstelle Löben wieder ins Leben gerufen ist, sind sämtliche auswärtige Mitglieder, die im Kreise Löben arbeiten, verpflichtet, sich dafolbst anzumelden. Die in Frage kommenden Zahlstellenkassierer werden besonders darauf aufmerksam gemacht, ihre hier arbeitenden Mitglieder darauf zu verweisen.

Mainz. Am 28. April fand eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom ersten Quartal. Der Wiederaufbau der Gewerkschaften nach dem Kriege. Das Referat hatte Gauleiter F. Ehlers übernommen, der aber am Erscheinen verhindert war. Leider war die Versammlung wieder sehr schlecht besucht. Der Kassierer, Kamerad Hommel, eröffnete die Versammlung, die zugleich seine letzte war, und erstattete zugleich Bericht über die Abrechnung im ersten Quartal. Die Abrechnung war von den Revisoren Bech und Rahlstadt für richtig befunden. Dem Kassierer wurde von den Versammelten Entlastung erteilt. Scharf kritisiert wurde das Verhalten der „Volkszeitung“. Bei derselben sind von der Lokalkasse M 500 unverzinslich angelegt, welche Summe immer weitergebucht wird, aber man hört und

steht nichts davon. Der Vorstand bekommt am Schlusse des Jahres nicht einmal einen Geschäftsbericht zugesandt. Es sind bereits zehn Jahre verflossen, was für uns einen Zinsverlust von circa M. 200 ausmacht. Es sollen von Seiten des Vorstandes Schritte unternommen werden, um einmal darüber Klarheit zu schaffen. Im weiteren Verlaufe nahm Kamerad Wilhelm Stenner das Wort und ermahnte die Kameraden, tüchtig bei der Arbeit zu sein und die säumigen und lauen Kameraden der Organisation zuzuführen. Nach dem Kriege haben wir schwere Kämpfe mit dem Unternehmertum zu bestehen, und da heißt es, auf dem Damm sein. Die Versammlung war von zehn Kameraden einschließlich des Vorstandes besucht. Die Laueheit und Nachlässigkeit der Kameraden wurden vom Kameraden Stenner gerügt.

— Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand am 17. Mai nach Feierabend statt. Auf der Tagesordnung stand: Situationsbericht. Wahl eines Zahlstellenkassierers. Der Vorsitzende Otto Schmidt eröffnete die Versammlung mit der Bekanntgabe von dem Ableben des ersten Kassierers Fr. Hommel, wobei die Anwesenden das Andenken durch Erheben von ihren Plätzen ehrten. Anwesend war der Gauleiter Ehlers. Er gab einen kurzen Rückblick über das Wirken des Verstorbenen im Interesse des Verbandes, was allseitig anerkannt wurde. Obgleich Hommel seit zwei Jahren das Handwerk nicht mehr betrieb und den Posten eines Hilfskassierers verließ, habe er doch seine ganze Kraft der Zahlstelle gewidmet und die Geschäfte bis zu seinem Tode treu und gewissenhaft geführt. Um keine Störung in der Kassierung eintreten zu lassen und die Organisation im Schwünge zu halten, seien wir heute versammelt, um den richtigen Mann zu finden, der die Geschäfte des Kassierers weiterführt. Wenn der Posten auch etwas schwierig sei für einen Lerneingeweihten, so ginge es schon mit einem bißchen Lust und Liebe. Eine große Auswahl war unter den anwesenden Kameraden nicht, da die meisten durch Abwesenheit glänzten. Der Kassierer muß in der Stadt wohnen. Von den anwesenden Kameraden waren sechs vertreten, die in der Stadt wohnhaft sind. Es wurden Kamerad Aug. Gude als erster und Kamerad Wilhelm Stenner, Breitenheim, zum zweiten Kassierer gewählt. Beide Kameraden nahmen die Wahl an. Dann wurde eine Sitzung des Vorstandes, der Vertrauensleute und Unterkassierer festgesetzt, und zwar zu Pfingstmontag, um die Kasse nebst Büchern und Inventar nach Prüfung und Nichtstellung dem neuen Kassierer zu übergeben. Zum Schlusse gab der Vorsitzende dem Bedauern Ausdruck, daß wir den Kameraden Hommel nicht mit Zimmermannsehnen beerdigen durften, da es sich die Familie des Verstorbenen vorbehalten hatte. Am Sonntag, 12. Mai, gingen drei Kameraden zum Friedhof und legten einen Kranz mit roter Schleife und der Aufschrift: „Gewidmet von den Kameraden der Zahlstelle Mainz“, nieder.

— Am 20. Mai (Pfingstmontag) fand die Vorstand- und Vertrauensmännerkonferenz statt. Gauleiter F. Ehlers war erschienen. Der Vorstand war vollständig vertreten bis auf den Kameraden Rahlstadt, der entschuldigt war, und den Kameraden Adam Sinner, Rönigshausen. Die Kasse, Markenbestand und Bücher waren zur Stelle. Die Kasse und der Markenbestand wurden gezählt und mit den Büchern verglichen. Alles wurde in bester Ordnung befunden. Bei der Uebergabe waren vorhanden an Kassenbestand vom ersten Quartal 1918 M. 2484,01, im Laufe des Quartals wurden vereinnahmt M. 79,80; Summa M. 2563,81. Nach dem Tagebuch vorausgesetzt M. 44,94; Bestand M. 2499,47. Von dem Gelde sind belegt M. 2435,88, in bar vorhanden M. 63,59. Das Inventar, die Kasse nebst Büchern und Marken wurden dem Kassierer übergeben und von diesem laut Quittung übernommen. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: erster Vorsitzender: Otto Schmidt, Mainz-Castell, Ludwigstraße 17; erster Kassierer: August Gude, Mainz, Doppelstraße 60; zweiter Kassierer: Wilh. Stenner, Breitenheim; erster Schriftführer: Karl Kunz, Mainz, Rheinallée 127; Revisoren: Joseph Bech, Mainz, Frauenlobplatz 9, und Joseph Rahlstadt, Hechtsheim. Hoffen wir, daß die Zahlstelle Mainz unter der neuen Leitung blüht und gedeiht und neu erstarkt, damit sie später mit an erster Stelle steht. Die Kameraden werden hiermit aufgefordert, tüchtig Umschau zu halten unter den Nichtorganisierten und Abgesessenen. Es soll in nächster Zeit eine größere Agitation betrieben werden. Es sind gerade hier in Mainz viele und meistens lauter ältere Kameraden, die sich gedrückt und dem Verbanne den Rücken gekehrt haben. Es muß versucht werden, diese dem Verbanne wieder zuzuführen. Hoffen wir, daß das Ringen bald zu Ende geht und danach neues Leben in der Organisation entsteht.

München. Schon seit Jahren sind die ausgeschiedenen Mitglieder registriert, was bei einer planmäßigen Agitationsarbeit von großem Vorteil ist. Im Monat März wurden die Vorarbeiten zu einer durchgreifenden planmäßigen Agitation gemacht und im April und Mai wurde eine Haus- und Platzagitation von der Geschäftsleitung ausgeführt. Ein Rundschreiben an die unorganisierten Kameraden sowie ein Aufnahmefchein gingen an 130 Adressen hinaus, davon kamen 40 als unbestellbar wieder zurück. Wir zogen die Adressen teils neu aus dem Adreßbuch, und teils besorgten wir sie uns anderweitig und gingen dann an die Haus- und Platzagitation; 215 Kameraden wurden in der Wohnung aufgesucht und befragt. Einer besonderen Aufgabe haben wir uns diesmal unterzogen, um einen ganz genauen Ueberblick zu erhalten, wie unsere Organisationsverhältnisse stehen, so daß jeder befragt wurde, wo und welche Arbeiten er verrichtet. Es ergab sich nun folgendes Resultat: 3 Kameraden haben den Aufnahmefchein ausgefüllt an die Ortsverwaltung eingesandt mit der Bemerkung, daß der Beitritt und die Einkassierung durch den Kassierer gewünscht wird; diesem Wunsche kamen wir selbstverständlich mit Freuden nach. 13 Kameraden sind bei der Hausagitation und 39 zugereifte respektive reklamierte Kameraden sind bei der Platzagitation teils durch die auf Bauten beschäftigten Kameraden selbst und teils durch die Geschäftsleitung dem Verbanne zugeführt worden. In den nachstehend vermerkten Berufen arbeiten und sind der betreffenden Organisation angeschlossen Zimmerer:

Holzarbeiterverband 1, Brauereiarbeiterverband 4, Transportarbeiterverband 1, Straßenbahnerverband 4, der freien Vereinigung 7, dem christlichen Bauarbeiterverband 12. Zum Kriegsdienst eingezogen sind 30, für sich arbeiten hier 9, auswärts 3, im besetzten Gebiete 11, in der Artilleriewerkstätte 5, krank und arbeitsunfähig im Verur sind 11, abgereist aufs Land usw. 30, als Reisender 1, in der Kriegsschule 1, Akademie 1, Metallindustrie 3, Brunnenmacher 1, Geiger und Maschinisten 2, Kalkhandlung 1, Wachs- und Schmelzgesellschaft 2, Gärtnerei 2, Tagelöhner bei Gutmeyer 2, Drechslerei 1, Fabrikzimmerer 4, Ristenfabrik 4, Schnapsbrennerei 1, Wagnerei 1, Mehner 1, Brauerei 1, Hausmeister 5, im Hoftheater 1, Pulverfabrik 1, als Polier 7, als Zimmermeister 2, gestorben 3, im Zimmerberuf bei Unternehmern in München unorganisiert 12, im Vorort unorganisiert 10 Mann. Außer den 22 unorganisierten im Zimmergewerbe Beschäftigten sind die übrigen, die in andern Berufen beschäftigt werden, solche, die teils wegen hohen Alters, teils wegen Unfalls und dergleichen im Berufe nicht unterkommen können. Um eine genaue Uebersicht zu erhalten, haben wir die Mitglieder, die im Zimmerberuf beschäftigt sind und bei uns organisiert sind, bezirksweise geordnet; es ergibt sich folgendes Resultat:

Bezirke	Beschäftigte Zimmerer bei Unternehmern	Mitglieder im Zimmerer-Verband	Unorganisierte	Organisierte pSt.	Unorganisierte pSt.
Stadtgebiet:					
Haidhausen.....	89	86	3	96,62	3,38
Mu & Giesing.....	72	69	3	95,83	4,17
Süden.....	14	14	—	100	—
Thalkirchen.....	14	14	—	100	—
Bruderhofviertel...	10	8	2	80	20
Sendling.....	30	30	—	100	—
Westend.....	46	45	1	97,83	2,17
Schlachthausviertel.	36	36	—	100	—
Zentrum.....	43	41	2	95,34	4,66
Neuhäusen.....	58	58	—	100	—
Nordend.....	38	38	—	100	—
Schwabing.....	36	35	1	97,22	2,78
Vororte:					
Mach.....	7	7	—	100	—
Berg a. Laim.....	1	1	—	100	—
Brud.....	3	3	—	100	—
Dachau.....	28	28	—	100	—
Föhring.....	4	4	—	100	—
Feldkirchen.....	4	4	—	100	—
Freimann, Baustelle a.....	17	14	3	82,35	17,65
" b.....	7	7	—	100	—
" c.....	10	10	—	100	—
Grünwald.....	2	2	—	100	—
Rehheim.....	7	7	—	100	—
Milbertshofen.....	9	9	—	100	—
" Baustelle a.....	18	18	—	100	—
" b.....	29	28	1	96,55	3,45
Moosach.....	6	6	—	100	—
Passing u. Umgebung	17	15	2	88,23	11,77
Solln & Forstried	4	3	1	75	25
Wefling.....	1	1	—	100	—
Weichs.....	5	5	—	100	—
Befestigtes Gebiet, a.....	25	25	—	100	—
" b.....	8	8	—	100	—
Einzelzahler.....	19	19	—	100	—
Zusammen...	720	698	22	96,94	3,06

Einzelne Bezirke erscheinen recht klein, die größte Zahl der dort sonst organisierten Kameraden befindet sich jedoch im Kriegsdienst. Die im Heeresdienst befindlichen Mitglieder sind nicht mitgerechnet, deren Zahl beträgt 885. Davon sind jedoch 150 beurlaubt respektive reklamiert. Diese stehen in Arbeit und zählen unter den organisierten mit. Im Stadtgebiet der Zahlstelle München sind 97,53 pSt. aller Zimmerer organisiert, in den Vorortbezirken 95,72 pSt. Nicht dem Drude allein ist das zuzuschreiben, sondern der allgemeinen Tätigkeit, die von unsern Kameraden in Gemeinschaft mit unserer Zahlstellenleitung in unermüdlicher Agitationstätigkeit geführt wird. Wir haben einen Erfolg, der uns voll und befriedigen kann. Es darf aber nicht geglaubt werden, daß dieses Resultat genüge, sondern der neue Geist muß uns anspornen, um den Rest der Unorganisierten ebenfalls auch unsern Reihen zuzuführen. Wir wollen unsern Kameraden auf den Weg geben, daß unsere Parole für die Zukunft sein soll: Immer vorwärts, nimmer rückwärts!

Nikolaiken. Bis zum Ausbruch des Krieges bestand hier eine Zahlstelle unserer Berufsorganisation. Es wurden fast alle Mitglieder der hiesigen Zahlstelle zum Heeresdienst eingezogen. Die Flucht der noch vorhandenen Mitglieder bei dem Einbruch der Russen zertrümmerte den letzten Rest der Zahlstelle. Nachdem die meisten Flüchtlinge sowie auch unsere Kameraden nach ihrer Heimat zurückgekehrt waren, wurde sofort die Fühlung mit ihnen wieder aufgenommen, um ihre Organisationszugehörigkeit zu sichern. Die vorhandenen Mitglieder bildeten einen Bezirk der Zahlstelle Rastenburg. Am 21. Mai fand unter Anwesenheit des Gauleiters eine Besprechung statt. Die gemachten Ausführungen des Kameraden Finsel sind dieselben wie in Vöhen. Kamerad Finsel vertrat die Ansicht, da bereits bis zum Ausbruch des Krieges in Nikolaiken eine Zahlstelle unserer Berufsorganisation bestanden habe, müsse diese wieder errichtet werden. In der Aussprache waren sämtliche Kameraden für die Errichtung einer Zahlstelle. Besonders wurde hervorgehoben, daß es schon aus dem Grunde geschehen müsse, um die Anfragen der Kameraden aus dem Felde, was die Zahlstelle mache, in befriedigender Weise beantworten zu können. Aus der Wahl zum Vorstande ging als erster Vorsitzender Kamerad Adolf Szepahn, Nikolaiken (Ostpr.), Ringstraße 17, hervor. Als Kassierer wurde Kamerad Friedrich Karasch, Bahnhofstraße 2, gewählt, zum Schriftführer und Revisor die Kameraden Karl

Kalina und Wilh. Methuso. Sämtliche Mitglieder aus andern Provinzen, die im Bereiche von Nikolaiken arbeiten, sind daher verpflichtet, sich daselbst anzumelden.

Sterbetafel.

Kiel. Es starben die Kameraden Hans Zeis im Alter von 28 Jahren infolge eines Unfalles, Heinrich Paul, verheiratet, 49 Jahre alt, und Heinrich Baars, zweiter Vorsitzender unserer Zahlstelle, im Alter von 58 Jahren an den Folgen einer Gehirnblutung.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Am Dienstag, 28. Mai, verunglückte in der Friedrich-August-Mühle in Böhlchen bei Dresden beim Abbruch von Gewölben der Zimmerer Ernst Leuthold aus Lommnitz tödlich, während der Maurer Dieze und Bauarbeiter Mühel mit anscheinend geringeren Verletzungen davontamen. Alle drei stürzten mit einem plötzlich niedergehenden Gewölbe in die Tiefe. Leuthold steht im 39. Lebensjahre; er war vom Heeresdienste reklamiert.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Der Begriff „Bedürftigkeit“ für Unfallverletzte. In der Unfallsache des Zimmermanns G. D. aus Breslau handelte es sich um die Bewilligung der monatlichen Zulage von M. 8 gemäß der Bundesratsverordnung vom 17. Januar 1918. Der Verletzte hat vor zehn Jahren einen Unfall an der Kaiserbrücke Breslau erlitten. Die Verletzung ist so schwer, daß er von dem Tage des Unfalles an bis heute ans Bett gefesselt ist. Er erhält die Hilfslosenrente. Die Schlesisch-Posenische Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft weigert sich, die Zulage zu gewähren, weil Bedürftigkeit nicht vorliegen soll. Die Ehefrau des Schwerverletzten könnte ruhig noch einer Beschäftigung nachgehen, und da sie das nicht täte, hätte sie die Ausgaben für eine Wärterin nicht nötig. Die Wärterin unterstützt nämlich die Frau bei Verabreichung von Bädern, die der Mann fast täglich erhalten muß, und beim Verbinden der Wunden.

Die Vereinsgenossenschaft hatte nach polizeilicher Auskunft festgestellt, daß der Verletzte Mittel zu einer einigermaßen auskömmlichen Lebensführung tatsächlich besitzen muß. Er lebe in geordneten Verhältnissen.

Im Verurungsverfahren wurde festgestellt, daß die Ehefrau keinen Verdienst hat und nur von der Rente in Höhe von monatlich M. 125 lebe. Davon muß die Miete bestritten werden, Wasser, Wasser, Lebensversicherungsbeiträge, Holz zum Feueranmachen im Kamin, Wäsche, müssen die Steuern bezahlt werden und soll die Hilfskraft entlohnt werden. Das macht eine Gesamtausgabe von monatlich M. 73,69. Zum Lebensunterhalt verbleibt demnach dem Verletzten und seiner Ehefrau die Summe von sage und Schreibe monatlich M. 51,31.

Nach der monatlichen Uebersicht über Lebensmittelpreise von Calwer ist für den Lebensunterhalt für Mann, Frau und zwei Kinder pro Woche M. 47,58 aufzubringen. Für die zwei Eheleute müßte der Betrag von M. 31,72 pro Woche zum Ankauf der notwendigen Lebensmittel verbleiben. Tatsächlich stehen ihm nur für den ganzen Monat M. 51 zur Verfügung. Wie da die Polizei und die Vereinsgenossenschaft von einer auskömmlichen Lebensführung sprechen kann, bleibt ein Rätsel. Es ist überhaupt bedauerlich, daß die Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft wegen der M. 8 Zulage pro Monat das Verurungsverfahren eingeleitet hatte.

Das Oberverversicherungsamt verurteilte die Vereinsgenossenschaft nach kurzer Beratung zur Gewährung der monatlichen Zulage von M. 8. Den Vorstoß führte Herr Oberverversicherungsrat Wagner; die Sache wurde vom Arbeitersekretariat Breslau vertreten.

Versammlungsanzeiger.

Mittwoch, den 12. Juni:

Schwerin: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus „Thalia“, Graf-Schack-Straße.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 23. Mai starb nach kurzem, schwerem Leiden unser Kamerad [M. 3,60]

Johann Maass

im Alter von 48 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kameraden der Zahlstelle Saarbrücken.

Serzlichen Dank

sage ich hierdurch allen Kameraden, Genossen und Freunden, die durch freundliche Zuschriften, Telegramme usw. zu meinem 25jährigen Jubiläum so liebevoll meiner gedachten.

[M. 1,80]

August Bringmann.

Zahlstelle Duisburg u. Umg.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt:

Ernst Schneider, Dülstraße 147.

Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt:

Ludwig Robert, Bütenhof Nr. 13. [80 4]